Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf. Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23. Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 1720.

Nr. 29/30. Berlin, Sonnabend, 14. April 1917. Neunundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Eine Osterbotschaft des Kaisers. — Die Umgestaltung der Nahrungsmittelversorgung. — Unsere Ortsverbände im Jahre 1916. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbande. — Anzeigen.

Eine Osterbotschaft des Kaisers.

Am Ostermorgen konnte die deutsche Tagespresse folgenden Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler und Präsidenten des preußischen Staatsministeriums Herrn v. Bethmann-Hollweg bekanntgeben:

Noch niemals hat sich das deutsche Volk so fest gezeigt wie in diesem Kriege. Das Bewußtsein, daß sich das Vaterland in bitterer Not befand, übte eine wunderbar versöhnende Kraft aus, und trotz aller Opfer an Blut draußen im Felde und schwerer Entbehrungen daheim ist der Wille ungerschütterlich geblieben, für den siegreichen Endkampf das Letzte einzusetzen. Nationaler und sozialer Geist verstanden und vereinigten sich und verliehen uns ausdauernde Stärke. Jeder empfand: was in langen Jahren des Friedens unter manchen inneren Kämpfen aufgebaut war, das war doch der Verteidigung wert.

Leuchtend stehen die Leistungen der gesamten Nation in Kampf und Not vor meiner Seele. Die Erlebnisse dieses Krieges um den Bestand des Reiches leiten mit erhabenem Ernste eine neue Zeit ein. Als dem verantwortlichen Kanzler des Deutschen Reiches und ersten Minister meiner Regierung in Preußen liegt es Ihnen ob, den Erfordernissen dieser Zeit mit den rechten Mitteln und zur rechten Stunde zur Erfüllung zu verhelfen. Bei verschiedenen Anlässen haben Sie dargelegt, in welchem Geiste die Formen unseres staatlichen Lebens auszubauen sind, um für die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes Raum zu schaffen. Die Grundsätze, die Sie dabei entwickelten, haben, wie sie wissen, meine Billigung. Ich bin mir bewußt, dabei in den Bahnen meines Großvaters, des Begründers des Reiches, zu bleiben, der als König von Preußen mit der militärischen Organisation und als deutscher Kaiser mit der sozialen Reform monarchische Pflichten vorbildlich erfüllte und die Voraussetzung dafür schuf, daß das deutsche Volk in einmütigem ingrimmigem Ausharren diese blutige Zeit überstehen wird. Die Wehrmacht als wahres Volksheer zu erhalten, den sozialen Aufstieg unseres Volkes in allen seinen Schichten zu fördern, ist von Beginn meiner Regierung an mein Ziel gewesen. Bestrebt, in fest gewahrter Einheit zwischen Volk und Monarchie dem Wohle der Gesamtheit zu dienen, bin ich entschlossen, den Ausbau unseres innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, so wie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen.

Noch stehen Millionen Volksgenossen im Felde. Noch muß der Austrag des Meinungsstreites hinter der Front, der bei einer eingreifenden Verfassungsänderung unvermeidlich ist, im höchsten vaterländischen Interesse verschoben werden, bis die Zeit der Heimkehr unserer Krieger gekommen ist und sie selbst am Fortschritt der neuen Zeit mit raten und taten können. Damit aber sofort beim glücklichen Ende des Krieges, das — wie Ich zuversichtlich hoffe, nicht mehr fern ist — das Nötige und Zweckmäßige auch in dieser Beziehung geschehen kann, wünsche Ich, daß die Vorbereitungen unverweilt abgeschlossen werden.

Mir liegt die Umbildung des preußischen Landtages und die Befreiung unseres gesamten innerpolitischen Lebens von dieser Frage besonders am Herzen. Für die Aenderungen des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause sind auf meine Weisungen schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden. Ich beauftrage Sie nunmehr, mir bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums vorzulegen, damit bei der Rückkehr unserer Krieger diese für die innere Gestaltung Preußens grundlegende Arbeit schnell im Wege der Gesetzgebung durchgeführt wird. Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Ueberzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben.

Die Verdienste des Herrenhauses und seine bleibende Bedeutung für den Staat wird kein König von Preußen verkennen. Das Herrenhaus wird aber den gewaltigen Anforderungen der kommenden Zeit besser gerecht werden können, wenn es in weiterem und gleichmäßigem Umfange als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch Beachtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereint.

Ich handele nach den Ueberlieferungen großer Vorfahren, wenn ich bei Erneuerung wichtiger Teile unseres festgefügten und sturmerprobten Staatswesens einem treuen, tüchtigen und hochentwickelten Volke das Vertrauen entgegenbringe, das es verdient.

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß bald bekannt zu geben.

Großes Hauptquartier, den 7. April 1917.

v. Bethmann-Hollweg.

Wilhelm I. R.

Was Herr v. Bethmann-Hollweg im preußischen Abgeordnetenhause angekündigt hat, dafür setzt sich nunmehr der Kaiser auch persönlich ein. Die Befürchtung, daß ein Nachfolger des jetzigen Ministerpräsidenten nicht mehr an dessen Verheißung gebunden sei, fällt damit fort. „Die Umbildung des preußischen Landtages" soll zur Tatsache werden, und wenn auch der kaiserliche Erlaß die Reform bis nach Friedensschluß vertagt wissen will, so sollen doch die Vorarbeiten dazu schon jetzt zum Abschluß gebracht werden.

Den Anhängern des jetzigen preußischen Systems paßt die Ankündigung natürlich nicht in den Kram, und auch auf der andern Seite gibt es Männer, die allerhand daran auszusetzen haben, denen nicht genug geboten wird. Wir erkennen gern den großen Fortschritt an, der mit der Verwirklichung des kaiserlichen Erlasses verknüpft sein wird. Unser Ideal ist damit noch nicht erreicht, aber es wird eine Grundlage geschaffen werden können, auf der weitergebaut werden kann. Es ist der Anfang gemacht worden mit der oft genannten Neuorientierung, ein Teil der innerpolitischen Erneuerung ist in Angriff genommen.

Das preußische Wahlrecht soll zunächst umgestaltet werden. Es soll künftig geheim und direkt sein. Für das Klassenwahlrecht soll kein Raum mehr in Preußen sein. Hoffentlich soll damit gesagt werden, daß das gleiche Wahlrecht zur Einführung gelangen wird, auf das jeder Volksgenosse Anspruch hat. Die Neugestaltung des Herrenhauses ist gegenüber der Wahlrechtsreform von minderer Bedeutung. Das politische Leben Preußens kann jedenfalls nur gewinnen, wenn in dieses seltsame Parlament Männer aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes einziehen.

In den vorwärtsstrebenden Schichten hat der kaiserliche Erlaß freudigen Widerhall gefunden, und auch draußen an den Fronten wird er dieselbe Wirkung haben. Die Hauptsache ist, daß der Erlaß so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt wird, damit die Feldgrauen nach ihrer Rückkehr in die Heimat tätiger und freudiger mitarbeiten am Staatsleben, das am besten gedeiht, wenn alle Kräfte an der richtigen Stelle eingesetzt werden, und dies kann nur geschehen, wenn die politische Gleichberechtigung aller streng durchgeführt wird.

Die Umgestaltung der Nahrungsmittelversorgung.

Als am Ende des Jahres 1916 das von der deutschen Reichsregierung bekanntgegebene Friedensangebot eine so schnöde Zurückweisung durch die Widersacher Deutschlands erfuhr und mit dieser Zurückweisung gleichzeitig die Pläne unserer Feinde in ihrer vollen Brutalität enthüllt wurden, da war es für alle diejenigen, die den kommenden Dingen mit Ruhe ins Auge zu sehen vermochten, keineswegs zweifelhaft, daß die uns aufgezwungene Weiterführung des Krieges nicht ohne Einwirkung auf die Ernährungsverhältnisse unseres Volkes bleiben könne. Wenn wir uns 2¾ Jahre im Kriege befinden, abgeschlossen von fast jeglicher Nahrungsmittelzufuhr aus dem Auslande, so ist das an und für sich schon gerade genug, um Ernährungsschwierigkeiten entstehen zu lassen. Es wurde uns daher auch schon durch die Presse und durch den Mund gut unterrichteter Persönlichkeiten im Januar dieses Jahres gesagt, daß eine weitere Einschränkung unserer Ernährungsverhältnisse kaum vermeidbar sein würde. Diese Voraussage hat sich leider bestätigt, denn vom 15. April ab tritt eine Kürzung unserer Brotrationen ein. Diese Kürzung beträgt für alle ⅓ bis ¼ der bisher verteilten Brotmenge. Sie erstreckt sich weiter auf den Fortfall der bisherigen Jugendlichenzulage, und sie wird auch in ihrem weiteren Verlauf eine Aenderung der Zulagen für Schwerstarbeiter, Schwerarbeiter und Minderschwerarbeiter nach sich ziehen.

Der Ausgleich soll geschaffen werden durch Zuteilung von 5 Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche, durch Erhöhung der Fleischmenge für Erwachsene von 250 auf 500 Gramm wöchentlich, für Kinder von 125 auf 250 Gramm, durch Freigabe der Gemüsekonserven und Belieferung mit Graupen, Grütze und Sauerkraut. Dadurch kann die Verkleinerung der Brotration bis zu einem gewissen Grade gemildert werden, obwohl das Brot insbesondere für die arbeitende Bevölkerung nach wie vor eines der Hauptnahrungsmittel sein und

bleiben wird. Es ist gewiß bitter hart für alle diejenigen, die in der Hauptsache tagsüber auf den Brotgenuß angewiesen sind, daß sie sich jetzt neue Einschränkungen auferlegen müssen und daß es nicht zu ermöglichen war, die festgelegten Brotmengen der Bevölkerung nun auch dauernd zu erhalten. Die besonders in den letzten Monaten entstandene Unsicherheit in der Nahrungsmittelversorgung, die vielen Aenderungen, die bezüglich der Nahrungsmittelversorgung während der Kriegsdauer vorgenommen worden sind und vorgenommen werden mußten, sie haben freilich nicht zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen und das Gefühl der Sicherheit in unserer Nahrungsmittelversorgung herabgedrückt. Das kann und darf nicht bestritten werden. Es hat sich eine nicht geringe Beunruhigung breiter Volksschichten ergeben, die mit der Zeit zur Nervosität und auch an verschiedenen Stellen zu Reibungen geführt hat.

Alle diese einzelnen Vorgänge zusammen genommen trugen dazu bei, daß die angekündigte bessere Versorgung mit Kartoffeln, Fleisch, Konserven und andern Nährmitteln anstelle der Brotkürzung, starken Zweifeln begegnet, und daß man es nicht für sicher hält, ob die hierfür verantwortlichen Stellen imstande sein werden, die gemachten Versprechungen einzuhalten und bis zur nächsten Ernte voll durchzuführen. Wir können hierzu erklären, daß uns von maßgebender Seite versichert worden ist, daß nicht eher an die Brotverringerung herangetreten wird, ehe nicht die erforderlichen Kartoffelmengen zur Stelle sind, deren Belieferung jetzt nach Aufhören der langen Frostperiode mit aller verfügbaren Kraft erfolgen soll, wobei ganz besonders die Großstädte und Industriebezirke bedacht werden sollen. Das ist auch unerläßlich notwendig und darf nicht versäumt werden. Die lange Frostdauer und die geringen Mengen Kartoffeln, die während dieser Zeit an die Bevölkerung abgegeben werden konnten, haben eine nicht unbedeutende Streckung unserer Kartoffelvorräte mit sich gebracht. Es wird uns versichert, daß diese Vorräte bis zur neuen Ernte nun ausreichen werden, um die gemachten Versprechungen erfüllen zu können. Unser Viehbestand muß allerdings stärker herangezogen werden als bisher, um der Bevölkerung die angesagte Fleischmenge gewähren zu können. Das ist an sich auch kein Fehler und auch von uns schon seit längerer Zeit gefordert worden. Unsere Viehbestände sind groß genug, um einen tieferen Eingriff dulden zu können, und es trägt den Zeitverhältnissen wirklich nicht Rechnung, wenn die Menschen hungern sollen, damit das Vieh satt wird.

Bei den heutigen Fleischpreisen würde es aber der ärmeren Bevölkerung gar nicht möglich sein, das jetzt gebotene Mehr an Fleisch zu kaufen und damit den Ausgleich zu ermöglichen. Deshalb soll das halbe Pfund, das jetzt als Zulage gewährt wird, durchschnittlich nicht mehr kosten als der Preis für die abgezogene Brotmenge beträgt, also 20—30 Pfg. Um das zu ermöglichen werden die Mehrkosten vom Reich und den Bundesstaaten getragen. Mit der Herausgabe von Gemüsekonserven und anderen Nährmitteln ist an verschiedenen Stellen bereits begonnen worden. Es darf also erwartet werden, daß die Neuregelung keine allzugroßen Schwierigkeiten mit sich bringen wird.

Namentlich hart werden die jugendlichen Personen von der Kürzung der Brotrationen betroffen. Das steht unzweifelhaft fest. Gerade die männlichen Personen, die in absehbarer Zeit in das Heer eintreten müssen, sind es, die besonders zu leiden haben werden. Neben der allgemeinen Kürzung fällt für sie auch die Zusatzbrotkarte von 500 Gramm wöchentlich fort. Es ist wohl anzunehmen, daß unsere Heeresleitung gerade diesem tiefen Schnitt nicht zugestimmt haben würde, wenn die bittere Notwendigkeit nicht dazu zwänge. Schon diese Tatsache läßt erkennen, daß bei der Neuregelung nicht Willkür bestimmend war, sondern daß unsere Vorräte eben nicht hinreichend groß sind, um die bisherigen Brotmengen bis zur nächsten Ernte weiter gewähren zu können. Das Ergebnis würde dann sein, daß längere Zeit vor der Ernte überhaupt nichts mehr da wäre; dann ist der jetzt eingeschlagene Weg schon noch besser, so schwer er auch sein mag.

Die Zulagen für Schwerst- und Schwerarbeiter bedürfen auch einer Neuregelung, über die jedoch bis zur Stunde noch nicht entschieden ist. Die heut festgelegte Form des Begriffs „Schwerstarbeiter" und „Schwerarbeiter" ist einseitig und für die Dauer unhaltbar. Man hat verschiedentlich Leute als Schwerstarbeiter und Schwerarbeiter bezeichnet, die nach allgemeiner Ansicht diese Bezeichnung nicht verdienen, während andererseits wirkliche Schwerstarbeiter und Schwerarbeiter leer ausgehen und nichts erhalten, weil ihr Beruf nicht in der Liste dieser Arbeiterkategorie steht. Wie sich diese Neuregelung nun vollziehen wird, muß zunächst abgewartet werden. Diesbezügliche Besprechungen mit Arbeiter- und Arbeitgebervertretern sind bereits erfolgt; sie haben aber noch zu keinem brauchbaren Ergebnis geführt.

Die uns auferlegten Ernährungsschwierigkeiten sind schon im ersten Halbjahr des Krieges der Bevölkerung hinreichend zu Gemüte geführt worden. Obwohl die Gründe hierfür hinreichend bekannt sein dürften, können wir es uns doch nicht versagen, nochmals auf einige dieser Hauptgründe kurz einzugehen. Ganz abgesehen von der durch England verursachten Absperrung sind durch den Krieg der Landwirtschaft zahlreiche männliche Arbeitskräfte entzogen worden. Die Frauenarbeit und die Kinderarbeit mußte schärfer herangezogen werden, die aber bei der Ackerbestellung bei weitem nicht das zu leisten vermag, was notwendig ist. Die Arbeit der Kriegsgefangenen bietet auch keinen ausreichenden Ersatz; sie kann nur als Notbehelf gelten, weil ein Kriegsgefangener nicht die Arbeit vollbringt wie ein freier Arbeiter. Es fehlt ferner an Spannvieh und Ackergerät; es fehlt der so notwendige Kunstdünger, den wir sonst aus Südamerika erhielten. Dadurch ist neben der geringeren Anbaufläche auch die Ertragfähigkeit des Bodens herabgemindert worden. Dazu kommt, daß einzelne Kommunalverwaltungen es nicht verstanden haben, den Zeitverhältnissen genügend Rechnung zu tragen. Sie haben die Rationierung, die Brotkartenverteilung zu leicht genommen und nicht reell und ehrlich genug durchgeführt. Und wenn heut den Landwirten nachgesagt wird, daß sie zuviel an Getreide verfüttert haben, so mag das richtig sein, ändert aber nichts an den bestehenden Tatsachen. So wenig wir die gemachten Fehler beschönigen wollen, und es sind in unserer Nahrungsmittelversorgung zweifellos grobe Fehler unterlaufen, so wenig nützt es uns heut, sie immer wieder hervorzuheben. Es sind eben leider jetzt nicht mehr genügend große Getreidevorräte im Lande vorhanden, nur damit ist heut zu rechnen. Die Hauptsache ist, daß im kommenden Erntejahr diese Fehler nicht wiederholt werden und eine bessere Regelung an ihre Stelle tritt.

Man hört jetzt häufig die Ansicht, daß der Krieg beendet werden müsse, dann würde es gleich besser werden. Diese Ansicht ist durchaus irreführend. Ist der Krieg vorbei, dann werden wir in der ersten Zeit auch nicht mehr Brot bekommen können, denn die Vorräte der ganzen Welt sind erschöpft. Erst neue Ernten werden uns wieder Besserung zu bringen vermögen.

Ganz verkehrt aber ist die Auffassung, die von den „unentwegt Radikalen" vertreten wird, daß durch Arbeitsniederlegungen ein Mehr an Brot und anderen Nahrungsmitteln erzwungen werden könne. Woher soll das Mehr kommen? Die Antwort der „Unentwegten" hierauf sind Redensarten, weiter nichts. Jede Arbeitsniederlegung aus diesen Gründen verlängert nur den Krieg, anstatt ihn abzukürzen, und nur das Gegenteil von dem wird erreicht, was man erreichen will. Jetzt gilt es alles zu tun, um diesen furchtbarsten aller Kriege für uns mit gutem Erfolg zu Ende zu bringen. Das ist aber nur möglich, wenn wir daheim den Kämpfern draußen die notwendigen Waffen schmieden und die Hände nicht feiern lassen. Das nur wird den Krieg abkürzen. Die Zeit ist sehr hart und bitter ernst; ihr müssen wir vollauf Rechnung tragen, trotz der Entbehrungen, die uns auferlegt sind. Wollen wir diese Entbehrungen nicht tragen, dann zieht uns England erst recht die Gurgel zu.

—t—.

Unsere Ortsverbände im Jahre 1916.

(Schluß.)

Daneben sind aber auch die eigentlichen Aufgaben unserer Organisation nicht vernachlässigt worden. Die Teuerungsverhältnisse haben die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen klar erwiesen, und wenn auch die Erledigung und Durchführung dieser Frage mehr zu den Aufgaben der einzelnen Berufs-Ortsvereine gehört, so sind doch 31 Ortsverbände auch nach dieser Richtung hin tätig gewesen, weil sie diese Arbeit als im allgemeinen Interesse liegend ansahen und das gewiß nicht mit Unrecht. Wenn auch der Erfolg dieses Vorgehens nicht überall in vollem Maße den Erwartungen entsprach, so ist doch auch dadurch manches besser geworden.

Die Regelung der Arbeitsnachweisfrage ist ebenfalls von einem Teil der Ortsverbände in die Hand genommen worden. Auch hier ist die von der Verbandsleitung gegebene Anregung nicht unfruchtbar geblieben. Unsere Stellung in der Arbeitsnachweisfrage ist bekannt; wir haben sie im „Gewerkverein" mehrfach besprochen, die Ortsverbände ermahnt, an die Kommunalverwaltungen, die bisher in dieser Sache noch nichts zu tun für notwendig hielten, heranzutreten und die Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise unter paritätischer Verwaltung zu fordern. Mit Rücksicht auf die zweifellos kommenden Schwierigkeiten nach Kriegsschluß erfordert die Regelung der Arbeitsnachweisfrage ununterbrochen Beachtung, so daß dort, wo von den Kommunalverwaltungen nach dieser Richtung noch nichts, oder noch zu wenig geschehen ist, erneut herangetreten werden muß, um diese Regelung durchzusetzen. Wenn unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege wieder in geordnete Bahnen hineingelenkt werden soll, und das muß es, dann dürfen unsere Ortsverbände, die bisher noch nicht diese erforderlichen Einrichtungen durchsetzen konnten, in der Vertretung dieser Forderung nicht erlahmen.

Damit in enger Verbindung steht auch die Arbeitslosenfürsorge bezw. die Arbeitslosenunterstützung durch Gemeinden und Kommunalverbände. Auch in dieser Frage sind verschiedene Ortsverbände tätig gewesen. Sie ist durch den Krieg neu aufgerollt, aber nicht überall gelöst worden, und es wird in Erwägung zu ziehen sein, ob nicht von Reichs- oder Staatswegen Mittel bereitzustellen sind, die bei der kommenden Umformung aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft den Arbeitslosen Unterstützungen gewährleisten. Doch diese Frage soll hier nicht weiter behandelt und auch nicht entschieden werden. Wir vertreten grundsätzlich den Standpunkt, daß die Arbeitslosenunterstützung in der Hauptsache eine Angelegenheit der Berufsorganisationen ist, daß deren Hilfeleistung aber nicht weitreichend genug sein kann in Anbetracht der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse und daß, veranlaßt durch diese Verhältnisse, die Arbeitslosenunterstützung als öffentliche Einrichtung durchzuführen ist. Wenn ein Teil unserer Ortsverbände nach dieser Richtung hin tätig war, so entspricht das völlig der von der Verbandsleitung herausgegebenen Anregung, die aber auch trotz mannigfacher Ablehnung nicht unbeachtet bleiben darf. Die Ortsverbände werden im Hinblick auf die hoffentlich recht bald erfolgende Umformung unseres Wirtschaftslebens in dieser Frage weiter tätig sein müssen, damit auch ein greifbarer Erfolg herausspringt.

Ein weiteres, neues Gebiet der Betätigung ist den Ortsverbänden durch das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst geschaffen worden. Eine größere Anzahl von Ortsverbänden hat es sich angelegen sein lassen, über die einzelnen Bestimmungen dieses durch den Krieg hervorgerufenen Gesetzes die notwendige Aufklärung unter der Arbeiterschaft zu verbreiten und an seiner Durchführung mitzuwirken. Das muß auch ferner geschehen. Dabei halten wir es aber für angebracht, die Ortsverbandsleitungen zu ersuchen, die gewonnenen Erfahrungen über die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse zu sammeln und festzulegen. An der Hand dieser Erfahrungen ist dann zu untersuchen, ob und wo etwas gebessert werden muß, und wie die Ueberleitung dieser Schlichtungsausschüsse in die Friedenszeit erfolgen kann. Daß auch nach dem Kriege mit dem Wegfall des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst Schlichtungsausschüsse oder andere Einrichtungen ähnlicher Art, die demselben Zweck dienen, vorhanden sein müssen, bedarf für uns als Gewerkvereiner keiner Frage. Schon die mehrfach erfolgten Auslassungen der „Arbeitgeber-Zeitung", die in den Schlichtungsausschüssen nur Einrichtungen für die Kriegszeit sieht, lassen erkennen, wie unangenehm es einem Teil der Unternehmer ist, daß die organisierte Arbeiterschaft ihre Gleichberechtigung jetzt in der Kriegszeit der Verwirklichung näher bringen konnte. Da gilt es auch für die Ortsverbände, auf der Hut zu sein, um gemeinsam mit der Verbandsleitung dafür einzutreten, daß uns diese Errungenschaft nicht wieder entrissen wird. Es wird also auch auf diesem Gebiet eine rege Tätigkeit zu entfalten sein.

Aus den Angaben der berichtenden Ortsverbände geht weiter hervor, daß sie auch bei der Vertretung allgemeiner Arbeiterinteressen tätig gewesen sind. Die Anführung von Einzelheiten würde hier zu weit gehen; erwähnt sei nur, daß zu dieser allgemeinen Interessenvertretung auch alle Versicherungsangelegenheiten, Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung gehören, die von einzelnen Ortsverbänden in recht guter Weise bearbeitet worden sind. Erleichtert wird diese Arbeit jetzt durch das burgfriedliche Verhältnis, das allenthalben besteht, wenn auch noch nicht überall in der gewünschten planmäßigen Art. Die Gemeinsamkeitsarbeit der Hauptleitungen aller Organisationsrichtungen hat ihre Wirkungen auch auf die örtlichen Instanzen mehr oder weniger übertragen, eine einheitlichere Front geschaffen und da-

durch das Ansehen der selbständigen Arbeiterorganisationen gestärkt. Der Erfolg einer solchen Gemeinsamkeitsarbeit ist auch nicht ausgeblieben.

Von Wert ist aber auch die Beurteilung der Frage, welche Tätigkeit unsere Ortsverbände entfaltet haben, um Gewerkvereinskollegen in sogenannte öffentliche Ehrenämter hineinzubringen. Da kommen zunächst die Vorstände der Orts- und Betriebskrankenkassen in Betracht. Von den 179 berichtenden Ortsverbänden sind 313 Kollegen in den Vorständen dieser Krankenkassen tätig. 107 Kollegen sind Beisitzer am Gewerbegericht; das ist entschieden zu wenig. Hier muß in der Zukunft mehr gearbeitet werden, um eine größere Zahl von Kollegen in diese Stellen hineinzubringen. Die Verhältniswahl gibt die Möglichkeit hierzu, aber es muß rechtzeitig vorgearbeitet werden und nicht erst am letzten Tage vor der Wahl. Als Schöffen oder Geschworene sind 86 Kollegen ausgelost, ein Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft bei den Laiengerichten nicht genügend zur Geltung kommt. Mit einem Stadtverordnetenmandat sind 96 Kollegen betraut, deren Zahl sich gewiß noch vergrößern läßt, wenn unsere Kollegen in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger mehr als bisher ihre Pflicht tun.

Diese Darlegungen mögen genügen, um über die Tätigkeit unserer Ortsverbände im Kriegsjahr 1916 einige Aufklärungen zu geben. Die jetzt neu eingeführte Art der Berichterstattung ist allerdings noch nicht vollkommen, aber sie wird sich gewiß im laufenden Jahr mehr einleben und dann auch eine bessere Uebersicht gewährleisten. Wir hoffen im nächsten Jahr unter dem Zeichen des wieder eingekehrten Friedens über die Tätigkeit der Ortsverbände noch eingehender berichten zu können, möchten aber unseren Bericht für 1916 nicht schließen, ohne noch auf drei Punkte besonders hinzuweisen, die wir dringend zu beachten und zu befolgen bitten.

Welche Aufgaben unsere Ortsverbände zu erfüllen haben, ist nun bekannt genug; ihre Tätigkeit im letzten Jahr haben wir hier geschildert, nun müssen aber auch die Ortsvereine, die noch abseits von den Ortsverbänden stehen, aus ihrer Zurückhaltung heraustreten und den Anschluß an den Ortsverband vollziehen. Es darf nicht sein, daß ein Ortsverein, der im Bereich eines Ortsverbandes besteht, allein für sich seine eigenen Wege geht. Ein solcher Ortsverein leistet sich selbst, seinen Mitgliedern und der Gesamtorganisation einen schlechten Dienst. Je fester und lückenloser der Zusammenschluß in den Ortsverbänden ist, umso größer wird der Einfluß der Organisation in allen Dingen sein. Um einen solchen Einfluß zu erreichen, daran muß jeder Ortsverein mitarbeiten.

Zum Zweiten ist darauf hinzuweisen, daß die Ortsvereine verschiedener Berufe, die sich an einem Ort oder im Umkreis von 20 Kilometern befinden, und die sich noch nicht zu einem Ortsverband zusammengefunden haben, jetzt die Gründung eines Ortsverbandes in die Hand nehmen und durchführen. Anweisungen hierzu werden von der Verbandsleitung auf Anfragen sofort gegeben werden; daran soll es nicht fehlen. Kein Ort in Deutschland, an dem sich Ortsvereine verschiedener Berufe befinden, darf ohne Ortsverband bleiben. Sie werden in der Zukunft bei der Durchführung der uns erwachsenden allgemeinen Aufgaben bitter nötig sein. Ohne Einheitlichkeit in der Front ist die Durchführung unserer Aufgaben erschwert, wenn nicht ganz unmöglich.

Und Drittens wird empfohlen, daß kleine, benachbarte Ortsverbände sich zu einem einheitlichen, größeren Ortsverbande zusammenschließen. Durch einen solchen Zusammenschluß wird die Leistungsfähigkeit des Ortsverbandes erhöht, seine Finanzen gekräftigt und die allgemeine Interessenvertretung gestärkt. Kleinere Ortsverbände vermögen nicht die Ergebnisse zu erzielen wie größere, obwohl sie auch dort benötigt werden, wo ein Zusammenschluß zu einem größeren Ortsverband aus örtlichen Gründen nicht angebracht erscheint oder überhaupt nicht möglich ist. Größere Ortsverbände, die eine stärkere Mitgliederzahl hinter sich haben, vermögen wirkungsvoller einzugreifen, wo es erforderlich wird.

Dieser erste summarische Bericht über die Tätigkeit unserer Ortsverbände möge ein Ansporn sein für alle diejenigen, die bisher noch zurückstanden, es denen gleich zu tun, die ihre Pflicht erfüllt haben. Geschieht das, dann muß es auf der ganzen Linie vorwärts gehen, sowohl bezüglich einer regen Werbetätigkeit wie auch der Lösung unserer Aufgaben.

Gustav Hartmann.

Auf Dich kommt es an!

Sage nicht: Andere haben mehr Geld und verdienen mehr als ich; die sollen Kriegsanleihe zeichnen!

Sage auch nicht: Was machen meine paar hundert oder paar tausend Mark aus, da doch Milliarden gebraucht werden!

Und sage noch weniger: Ich habe schon bei früheren Anleihen gezeichnet und damit meine Pflicht getan!

Auf jede Mark kommt es an!

Es ist wie bei der Nagelung unserer Kriegswahrzeichen; jeder einzelne der vielen tausend eisernen Nägel ist winzig. Aber in ihrer Gesamtheit umfangen sie das Gebilde mit einem ehernen Panzer. So muß auch unser deutsches Vaterland geschützt und gesichert werden durch das freudige Geldopfer der großen und der kleinen Sparer. Jetzt, in der Stunde der Entscheidung, darf keiner zögern und keiner fehlen!

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 13. April 1917.

Das Verbandsadressenverzeichnis ist nunmehr fertiggestellt und gelangt in diesen Tagen zum Versand. Jeder Ortsverband erhält ein Exemplar unentgeltlich zugeschickt. Es ist aber eine etwas größere Auflage hergestellt worden, so daß auch den einzelnen Ortsvereinen, wenn auch nur in beschränkter Anzahl, das Verbands-Adressenverzeichnis zur Verfügung gestellt werden kann. Mit Rücksicht auf den Krieg und den dadurch bedingten häufigen Wechsel in den Vorstandsämtern sind allerdings die Adressen der einzelnen Ortsvereine nicht darin enthalten. Das Adressenverzeichnis erscheint vielmehr nur in dem Umfange wie in den letzten beiden Jahren. Trotzdem bildet es ein unentbehrliches Hilfsmittel bei der Arbeit für unsere Organisation. Der Preis für das Exemplar beträgt nur 10 Pfg. Bestellungen bitten wir schon jetzt unter gleichzeitiger Einsendung des Betrages an den Verbandskassierer Kollegen Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-23, zu richten.

* * *

Die Krankenversicherung der Hilfsdienstpflichtigen bildet den Inhalt eines Erlasses, mit dem sich der preußische Minister des Innern an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten gewandt hat. Darin heißt es:

Nach § 173 der Reichsversicherungsordnung wird auf seinen Antrag von der Krankenversicherungspflicht befreit, wer auf die Dauer nur zu einem geringen Teile arbeitsfähig ist. Bei den Beratungen im Reichstag am Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ist mehrfach der Besorgnis Ausdruck gegeben worden, diese Vorschrift könnte mißbräuchlich zum Nachteil der Hilfsdienstpflichtigen angewendet werden. Denn viele von ihnen, namentlich soweit es sich um ältere und bisher nicht gegen Entgelt beschäftigte Personen handle, seien in einem gewissen Grade in der Arbeitsfähigkeit beschränkt. Auf diese könne leicht ein Druck seitens der Arbeitgeber ausgeübt werden, um sie zur Stellung eines Befreiungsantrags zu veranlassen und so die Arbeitgeber von den Versicherungsbeiträgen entlasten. Es braucht nicht hervorgehoben zu werden, daß ein solcher Mißbrauch von seiten einzelner Arbeitgeber als in hohem Grade unsozial anzusprechen ist. Daneben ist damit eine Schädigung der Gemeinde leicht verbunden. Da nach § 173 der RVO. die Befreiung von der Versicherung selbst bei Vorliegen sonstiger Voraussetzungen nur dann erfolgen kann, wenn der vorläufig unterstützungspflichtige Armenverband einverstanden ist, so ist hierin ein Mittel gegeben, dem drohenden Mißstande Einhalt zu tun. Die Armenverbände werden darauf hinzuweisen sein, von dieser ihrer Befugnis im öffentlichen Interesse in besonders vorsichtiger Weise Gebrauch und die Zustimmung zur Befreiung von einer genauen Prüfung des Einzelfalls abhängig zu machen. Sie ist, wie der Minister am Schluß betont, überall da zu versagen, wo der Verdacht eines Mißbrauchs besteht.

Also die Hilfsdienstpflichtigen unterliegen der Krankenversicherung, und sie sollten sich hüten darauf freiwillig zu verzichten.

* * *

Für die Gelben ist nun auch im preußischen Herrenhause um gutes Wetter gebeten worden. In diesem „Parlament", das gerade in letzter Zeit mehrfach unliebsam von sich reden gemacht hat, fühlte Graf Hoensbroech, offenbar von interessierter Seite dazu angeregt, das Bedürfnis, ein gutes Wort für jene Zwittergebilde einzulegen. Weshalb, so fragte er, werden die Wirtschaftsfriedlichen zurückgesetzt? Sie lehnen Kampf und Streit rundweg ab und seien ausgesprochen national. Es sei daher in hohem Maße befremdend, daß die Reichsregierung in der letzten Zeit sich die Argumente der Gegner der sogenannten Gelben zu eigen gemacht, hat und in den Gelben keine Arbeitervertretung sieht. Mit den Kampforganisationen sehe auch die Regierung in den Wirtschaftsfriedlichen Knechte des Unternehmertums. Eine Unterstützung der Gelben durch Zuwendungen der Unternehmer werde nicht bestritten. Aber diese Zuwendungen seien zu gering, als daß ihretwegen 300 000 Arbeiter ihre Selbständigkeit verkaufen könnten. Die Wirtschaftsfriedlichen seien aus der Arbeiterschaft selbst heraus entstanden und seien sogar nach Professor Herkner eine notwendige Reaktion gegen den Kampfcharakter der Gewerkschaften. Vor dem Kriege habe die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die Werkvereine in Schutz genommen. Inzwischen habe sie sich nicht nach vorwärts, wohl aber zum „Vorwärts" entwickelt. In den Ausschüssen nach dem Hilfsdienstgesetz könnten die Gelben auch dort nicht Mitglied werden, wo sie in der Mehrheit sind. Auch bei geheimen Wahlen, wo eine Abhängigkeit vom Unternehmertum nicht in Frage kommen kann, hätten die Werkvereine die Mehrheit erhalten. In den Mitgliederkreisen der Werkvereine herrsche daher eine große Erregung, zumal die Generalkommandos auf Weisung der Berliner Zentralbehörden gleichfalls die Wirtschaftsfriedlichen zurückweisen mußten. Der Ministerpräsident will im Innern den Frieden. Wie kann er da die gelben Organisationen an die Wand drücken? Dafür fehlt mir jedes Verständnis. Gehört das auch zur Neuorientierung?

In dieselbe Kerbe hieb bedauerlicherweise der Königsberger Oberbürgermeister Körte. Die beste Antwort auf ihre Vorwürfe bildet die Rede des früheren Staatssekretärs Dr. Dernburg, der oftmals Gelegenheit gehabt hat, mit Vertretern der unabhängigen Arbeiterorganisationen zusammenzuarbeiten und den Schutzpatronen der Gelben zutreffend entgegenhielt, daß die Hoensbroechsche Rede nicht dem sozialen Frieden diene. Seine Angriffe richteten sich nicht nur gegen die freien Gewerkschaften, sondern auch gegen die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die Christlichen. Der Krieg habe das Zusammenarbeiten der Behörden und der Gewerkschaften mit sich gebracht zu beiderseitiger Zufriedenheit. Wie denke sich Herr Körte eine Vertretung der Unorganisierten? Ich bin, so führte Dr. Dernburg nach den Berichten der Tagespresse weiter aus, für volle Parität und gegen jeden Terrorismus. Das patriarchalische Verhältnis hat gewiß seine Vorzüge. Aber einer zusammengeballten Industrie gegenüber ist der einzelne Arbeiter machtlos, er muß sich dazu eine Vertretung schaffen. Es gibt nun einmal in der Welt

Dinge, die ohne Kampf nicht durchgesetzt werden können, und dazu gehört auch das Streben der Arbeiter nach besseren Löhnen. Der Kampf der Arbeiter um bessere Löhne ist nicht nur zu verstehen, sondern auch zu *billigen*. Natürlich vertreten in den Ausschüssen die Arbeiter ihre Interessen. Das tun die Landwirte in diesem Hause gleichfalls! Bei den Ausschußwahlen haben die deutschen Arbeitgebervereine zur Wahl der Wirtschaftsfriedlichen aufgefordert. *Kann man es da den Gewerkschaften verdenken, wenn sie, zumal die Zuwendungen der Unternehmer gar nicht bestritten wurden, in den Gelben keine reinen Arbeiterorganisationen erblicken? Die Gewerkschaften haben hier auf der Anklagebank gesessen. Das darf nicht sein; das haben sie nicht verdient.* Zum Siege gehört, daß die Gewerkschaften an der Stange bleiben. Die Massen sind den Verführungen durch die Arbeitsgemeinschaft und die Spartakus-Gruppe ausgesetzt. In Rheinland-Westfalen sind die Erfolge dieser Gruppen schon sehr groß. Unterminieren Sie daher nicht die im wahrsten Sinne des Wortes vaterländische Tätigkeit der Gewerkschaften.

Daß Herr Dernburg unter Gewerkschaften *sämtliche* Arbeiterorganisationen versteht, bedarf eigentlich nach seinen Darlegungen keiner besonderen Erwähnung. Für uns erübrigt sich nach seiner Rede jede weitere Widerlegung der Ausführungen, die zugunsten der Gelben gemacht worden sind, umsomehr, da wir unsere Stellung zu ihnen erst kürzlich zweifelsfrei festgelegt haben.

Aus dem Verbande.

Berlin. Die „*Akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter*" beginnen das 26. Halbjahr ihrer Tätigkeit. Sie verfolgen weiter ihr Ziel, Männer und Frauen, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, in den elementaren Unterrichtsfächern auszubilden. Vor allem sollen die Hörer richtig schreiben, sprechen und rechnen lernen; doch sollen zur Erweiterung der Kenntnisse besondere Kurse in Literatur und Erdkunde sowie Vorträge und Führungen dienen. Der Unterricht wird wie bisher von Studierenden der Berliner Hochschulen erteilt.

Jeder Kurs findet wöchentlich einmal in den Abendstunden von 8—10 Uhr statt. Für den Besuch jedes Kurses ist eine einmalige Gebühr von 50 Pfg. sowie 30 Pfg. für Lehrmittel zu entrichten. Die Anmeldungen werden in den folgenden Unterrichtslokalen von 8—10 Uhr abends entgegengenommen: Im *Zentrum*: Friedrich-Werdersche Oberrealschule, Niederwallstraße 12, nahe dem Spittelmarkt, am Donnerstag, den 26. April; im *Norden*: Gemeindeschule Gipsstraße 23a, nahe dem Bahnhof Börse, am Sonnabend, den 28. April; im *Osten*: Fortbildungsschule Langestraße 31, am Schlesischen Bahnhof, am Dienstag, den 24. April.

Am Sonnabend, den 28. April, findet in der Aula Gipsstraße 23a um 8 Uhr eine allgemeine Hörerversammlung statt, in der über den Unterricht nähere Mitteilung gemacht wird. In dieser Versammlung werden auch noch Anmeldungen entgegengenommen. Unterrichtsbeginn: 1. Mai. Unterrichtsschluß: Anfang August.

Nürnberg. Am 25. März fand hier eine sehr gut besuchte Konferenz der nordbayerischen Ortsverbände statt, die vom Kollegen *Käfer*-Nürnberg geleitet und mit einer wirkungsvollen Ansprache eröffnet wurde. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Verbandsvorsitzenden, Kollegen *Hartmann*-Berlin, über „Die Vervollständigung unserer Agitationseinrichtungen". Auf den Inhalt der ausgezeichneten Ausführungen dürfen wir verzichten, da darüber schon mehrfach Berichte im „Gewerkverein" veröffentlicht worden sind. Der Vortrag, der mit reichem Beifall aufgenommen wurde, zeitigte eine sehr lebhafte und lehrreiche Aussprache, die mit der einstimmigen Annahme folgender Entschließung endigte:

„Die am 25. März in Nürnberg tagende Konferenz der Nordbayerischen Ortsverbände stimmt den lichtvollen Ausführungen unseres Verbandsvorsitzenden Gustav Hartmann über die Aufgaben der Ortsverbände ausnahmslos in all seinen Einzelheiten bei und verpflichtet sich, alles in Bewegung zu setzen, um durch unsere Ortsvereine und Ortsverbände die Deutschen Gewerkvereine örtlich und auch im Deutschen Reiche, bei den Regierungen, den Behörden und insbesondere bei den gesetzgebenden Körperschaften in genügender Weise zur Geltung zu bringen. Die Konferenz richtet an alle Mitglieder, Ortsvereins- und Ortsverbandsvorstände die dringende Aufforderung, durch rege Werbetätigkeit eine Stärkung des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine und aller seiner einzelnen Glieder herbeizuführen."

Eine im Anschluß daran vorgenommene Sammlung für den parlamentarischen Fonds ergab den Betrag von 35 Mk.

Daran anknüpfend hielt der *Fränkische Bezirksverband* seine Jahresversammlung ab. Den Tätigkeitsbericht erstattete Kollege *Schnitzler*, der einleitend darauf hinwies, daß die Wirkungen des Krieges sich naturgemäß auch in der Tätigkeit des Sekretariats bezw. Bezirksverbandes widerspiegelten; sei doch zum mindesten die Hälfte der Mitglieder zu den Fahnen einberufen, wodurch das Ortsvereinsleben erheblich beeinflußt würde. Trotzdem hat auch das Sekretariat eine eifrige Tätigkeit entfalten können. Das ist namentlich dem Umstande zu danken, daß eine Anzahl führender Kollegen sich in den Dienst unserer Sache und der Allgemeinheit gestellt hat und in den verschiedenen Kriegsausschüssen segensreich und erfolgreich mitarbeitet. Was die Arbeiterschaft auf diesem Gebiete geleistet hat, ist außerordentlich fruchtbringend; manches würde ohne ihre Mitwirkung schlechter ausgefallen sein. Durch den Besuch von 119 Sitzungen und Versammlungen wurde die Verbindung mit den Ortsvereinen aufrecht erhalten und durch entsprechende Referate zu allen die Arbeiterschaft interessierenden Tagesfragen Stellung genommen. Insbesondere lag auch die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes zum guten Teil dem Sekretariat ob. Es ist gelungen, unserer Organisation in den vorgesehenen Ausschüssen überall eine gebührende Vertretung zu sichern.

Der Versuch, durch statistische Erhebung eine Uebersicht über die Einwirkungen des Krieges zu gewinnen, ist nur zum Teil geglückt, weil von 28 Ortsvereinen bedauerlicherweise nur 17 bis zum festgesetzten Termin den Fragebogen zurückgesandt haben. Es wäre dringend zu wünschen, daß nach dieser Richtung mehr Gewissenhaftigkeit und Pünktlichkeit Platz griffe. Die 17 Ortsvereine, die sich an der Statistik beteiligt haben, hatten bis zum Ende des Jahres 1916 für Arbeitslosenunterstützung 24 961,04 Mk., an Kranken- und Sterbegeldern 31 259,36 Mk. und an sonstigen Kriegsunterstützungen 6570,80 Mk., in Summa 62 791,20 Mk. ausgegeben. Von so mancher Gewerkvereinsfamilie dürfte durch diese Unterstützung Not und Elend ferngehalten oder doch gelindert worden sein. Ueber die Rat- und Auskunfterteilung des Arbeitersekretariats ist bereits im Verbandsorgan berichtet worden, so daß sich nochmaliges Eingehen darauf erübrigt.

Aus dem Kassenbericht des Kollegen *Käfer* war leider zu entnehmen, daß einige Ortsvereine ihre Pflichten im Berichtsjahre nicht erfüllt haben. Im Interesse der Sache ist dies tief zu bedauern. Für die mustergültige Führung der Kasse wurde dem Kollegen Käfer einstimmig Entlastung erteilt. An beide Berichte knüpfte sich eine zustimmende Aussprache, in der den führenden Kollegen für ihre Tätigkeit Dank und Anerkennung ausgesprochen wurde. Die hierauf erfolgte Wahl des geschäftsführenden Ausschusses bestätigte die bisherigen Kollegen. Im Anschluß daran richtete der Verbandsvorsitzende, Kollege *Hartmann*, noch einmal an die Anwesenden beherzigenswerte Worte und ersuchte um kräftige Organisationsarbeit in der kommenden Zeit. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Deutschen Gewerkvereine und dem Wunsche auf einen baldigen glücklichen Ausgang des Krieges schloß sodann der Vorsitzende die ausgezeichnet verlaufene Veranstaltung. Sr.

Versammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkvereine, Greifswalderstr. 221-23. Nächste Sitzung am Mittwoch, den 2. Mai. — **Konditorgehilfen-Verein Groß-Berlin** (Ortsverein II H.-D.) Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im Sport-Restaurant, Dirksenstraße 1. Die beiden anderen Dienstage Sitzung, Lützowstraße 88 bei Gerecht. —

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1916
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages.
NB. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis von M. Schumacher. Preis 10 Pfg.
Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie von W. Gleichauf. Preis 10 Pfg.
Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch 160 × 280 mm. Preis 50 Pfg.
Reform des Arbeitsrechts von Dr. Flesch. Preis 20 Pfg.
Die Krankenversicherung von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
Die Unfallversicherung von Anton Erkelenz. Preis 30 Pfg.
Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von L. Lewin. Preis 30 Pfg.
Weltanschauung und Arbeiterbewegung von Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.

Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkvereinskollegen aller Berufe erhalten Nachtquartier und Verpflegungs-Karten hierzu bei Franz Heinlein, Goethestr. 34 p.

Saarbrücken (Ortsverband) Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsvereinskassierern oder im Sekretariat Saarbrücken Neuwieserstr. 42

M.-Gladbach und Umgegend. (Ortsverb). Durchreisende Kollegen jeden Berufs erhalten 75 Pfg Reiseunterstützung im Gewerkvereinsbureau, Kriipperstraße 165 p.

Primkenau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Vergütung. Markenausgabe Hoffmanns Hotel.

Mülheim a. d. Ruhr (Ortsverband). Das Ortsverbandsgeschenk für durchreisende Kollegen bei Schafstall, Kuhlenstr. 43.

Stolp i. Pomm. Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsgeschenk von 75 Pf. im Verbandslokal Restaurant Höppner, Synagogenstr. 2.

Glogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten 75 Pf. Ortsgeschenk beim Kollegen O. Reinhold, Mohrenstraße 7.

Görlitz (Ortsverb.). Durchreisende Arbeitslose erh. Unterstützung bei Heinrich Hoffmann, Lutherstraße 38, IV.

Forst i. L. (Ortsverband.) Durchreisende Gewerkvereinkollegen erhalten Frei-Logis, Abendbrot und des morgens Kaffee in der „Herberge zur Heimat" Frankfurterstr. 28. Karten werden im Büro des Gewerkvereins der Textilarbeiter, Leipzigerstr. 6 II, ausgegeben.

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung im Bureau, Bellemestraße 67.

Dortmund (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten Ortsgeschenk i. Gewerkvereinsbureau, Krimstr. 7. Daselbst befindet sich auch d. Arbeitsnachweis.

Essen (Ruhr). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Essen Abendbrot, Nachtlogis und Morgenkaffee. Die Verpflegungskarten werden bei den einzelnen Kassierern ausgestellt.

Schmölln (Ortsverband). Allen durchreisenden Gewerkvereinskollegen wird ein Ortsverbandsgeschenk von 60 Pfg. gezahlt beim Ortsverbandskassierer Emil Schnelle, Hermannstr. 12.

Halle a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ihr Ortsverbandsgeschenk (Verpflegungskarten im Werte von 1 Mark beim Kassierern ihres Berufes, Kollegen unvertretenen Berufes beim Ortsverbandskassierer Karl Moye Große Steinstraße 10, H. IV.

Nowawes. Ortsverbandsgeschenk für durchreisende Kollegen bei B. Peater, Friedr. Kirchplatz 18.

Ueckermünde u. Umgegend. (Ortsverband.) Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Reiseunterstützung. Karten hierzu in Ueckermünde beim Kollegen Günther, in Torgelow beim Kollegen Lachn, Dornbergstr. 5.

Bautzen. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei E. Gerbe, Wend. Graben 32.

Waldenburg-Altwasser (Ortsverband). An Durchreisende Unterstützungs-Marken beim Ortsverbandskassierer Hermann Baumann, Altwasser, Freiburgerstr. 29. Herbergen in Altwasser: Gasthof „Schwarzer Adler", in Waldenburg: Herberge „Zur Heimat".

Sommerfeld (Ortsv.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk im Betrage von 75 Pfg. bei dem Verbandskassierer Emil Franzke, Bahnhofstr. 8, wochentags abends 6½—8½ Uhr.

Brandenburg (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk in Höhe von 50 Pfg. beim Kassierer Heinrich Brekau, Kl. Gartenstr. 48.

Magdeburg (Bauhandwerker). 75 Pfennig im Bureau, Katharinenstraße 2/3 II.

Chemnitz (Ortsverband). Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Berufen beim Kollegen Ad. Neef, Hübnerstr. 4 part. ausgezahlt.

Verantwortlicher Redakteur: Leonor Lewin, Berlin NO., Greifswalderstr. 221-23. — Druck und Verlag: Gosbecke u. Gallinek, Berlin W., Potsdamerstr. 119.